

## Bekanntmachung.

Die Verordnung M. 325/7. 15. R. R. M. vom 31. Juli 1915 wird hiermit nochmals veröffentlicht und dahin erweitert, daß die Frist zur freiwilligen Ablieferung bis zum 16. Oktober 1915 verlängert wird, und daß die Sammelstellen bis dahin zur Annahme von freiwillig abgelieferten Gegenständen geöffnet bleiben.

Die neuen, untenstehenden Zusätze sind zu beachten.

### Verordnung

**betreffend Beschlagnahme, Meldepflicht u. Ablieferung von fertigen, gebrauchten und ungebrauchten Gegenständen aus Kupfer, Messing und Reinnickel.**

Nachstehende Verordnung wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß jede Übertretung — worunter auch verspätete oder unvollständige Meldung fällt — sowie jedes Anreizen zur Übertretung der erlassenen Vorschrift, soweit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verurteilt sind, nach § 9 Buchstabe b\*) des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 oder Artikel 4 Ziffer 2\*\*) des Bayerischen Gesetzes über den Kriegszustand vom 5. November 1912 oder nach § 5\*\*\*) der Bekanntmachung über Vorratserhebungen vom 2. Februar 1915 bestraft wird.

#### § 1.

**Inkrafttreten der Verordnung.**

Die Verordnung tritt am 31. Juli 1915, nachts 12 Uhr, in Kraft.

#### § 2.

**Von der Verordnung betroffene Gegenstände.**

**Klasse A: Gegenstände aus Kupfer und Messing.**

1. Geschirre und Wirtschaftsgeräte jeder Art für Küchen und Badstuben, wie beispielsweise Koch- und Einlegekessel, Marmeladen- und Speisekessel, Töpfe, Fruchtbohrer, Pfannen, Backformen, Kasserollen, Rührer, Schüsseln, Mörser usw.
2. Waschkessel, Türen an Kachelöfen und Kochmaschinen bezw. Herden.
3. Badewannen, Warmwasserschiffe, -behälter, -blasen, -schlängen, Druckkessel, Warmwasserbereiter (Boiler) in Kochmaschinen und Herden; Wasserlasten, eingebaute Kessel aller Art.

**Klasse B: Gegenstände aus Reinnickel†):**

1. Geschirre und Wirtschaftsgeräte jeder Art für Küchen und Badstuben, wie beispielsweise Koch- und Einlegekessel, Marmeladen- und Speisekessel, Fruchtbohrer, Servierplatten, Pfannen, Backformen, Kasserollen, Rührer, Schüsseln usw.
2. Einsätze für Kocheinrichtungen, wie Kessel, Deckelschalen,

\*) Wer in einem in Belagerungszustand erklärten Orte oder Distrikte ein bei Erklärung des Belagerungszustandes oder während desselben vom Militärbefehlshaber im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenes Verbot übertritt oder zu solcher Übertretung auffordert oder anreizt, soll, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden.

\*\*) Wer in einem in Kriegszustand erklärten Orte oder Bezirke eine bei der Verhängung des Kriegszustandes oder während desselben von dem zuständigen obersten Militärbefehlshaber zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit erlassene Vorschrift übertritt oder zur Übertretung auffordert oder anreizt, wird, wenn nicht die Gesetze eine schwerere Strafe androhen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

\*\*\*) Wer vorsätzlich die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder willkürlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft, auch können Vorräte, die verschwiegen sind, im Urteil für dem Staate verfallen erklärt werden. Wer fahrlässig die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

†) In dieser Verordnung sind unter Reinnickel auch Legierungen mit einem Nickelgehalt von 90 Prozent und höher verstanden; es sind nur solche Gegenstände aus Reinnickel betroffen, die mit dem Stempel „Reinnickel“ versehen oder sonst einwandfrei als aus Reinnickel bestehend festgestellt sind.

Zinnentöpfe nebst Deckeln an Kippköpfen, Kartoffel-, Fisch- und Fleischkonserven usw. nebst Reinnickelarmaturen.

#### § 3.

**Von der Verordnung betroffene Personen und Betriebe.**

Von der Verordnung werden betroffen:

1. Handlungen, Laden- und Installationsgeschäfte, Fabriken und Privatpersonen, die obengenannte Gegenstände erzeugen oder verkaufen, oder die solche Gegenstände, die zum Verkauf bestimmt sind, im Besitz oder in Gewahrsam haben;
2. Haushaltungen;
3. Hauseigentümer;
4. Unternehmungen zur Verpflegung fremder Personen, insbesondere Gast- und Schankwirtschaften, Pensionate, Kaffeehaus-, Konditorei- und Küchenbetriebe, Kantinen, Speiseanstalten aller Art, auch solche auf Schiffen, Bahnen und dergl.;
5. öffentliche (einschl. kirchliche, städtische usw.) und private Heil-, Pflege- und Kuranstalten, Kliniken, Hospitäler, Heime, Asylen, Erziehungs- und Strafanstalten, Arbeitshäuser und dergl.

#### § 4.

**Beschlagnahme.**

Die durch § 2 gekennzeichneten Gegenstände aus Kupfer, Messing, Reinnickel †), auch die verzinkten oder mit einem anderen Ueberzug (Metall, Lack, Farbe u. dergl.) versehenen, werden hiermit beschlagnahmt.

Die Beschlagnahme erstreckt sich auch auf solche Gegenstände, die aus Kupfer, Messing und Reinnickel hergestellt worden sind, das von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königl. Kriegsministeriums oder durch die Behörden, welche die Beschlagnahmeverordnungen erlassen haben, freigegeben worden ist. Bei diesen letzteren bleibt die Festsetzung des Preises vorbehalten.

Die Beschlagnahme hat die Wirkung, daß die Vornahme von Veränderungen an den von ihr betroffenen Gegenständen verboten ist und rechtsgeschäftliche Verfügungen über sie nichtig sind. Den rechtsgeschäftlichen Verfügungen stehen Verfügungen gleich, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen. Trotz der Beschlagnahme sind alle Veränderungen und Verfügungen zulässig, die mit Zustimmung der mit der Durchführung beauftragten Kommunalbehörde erfolgen. Erlaubt ist die Entfernung der Beschläge (siehe § 9). Die Befugnis zum einseitigen ordnungsmäßigen Gebrauch bleibt unberührt.

#### § 5.

**Meldepflicht.**

Die von der Beschlagnahme Betroffenen haben unter Benutzung des vorgeschriebenen Meldebordrucks eine Bestandsmeldung der beschlagnahmten, durch § 2 gekennzeichneten Gegenstände an die mit der Durchführung der Verordnung beauftragten Behörden innerhalb der von den letzteren festzusetzenden Frist einzureichen. Nicht zu melden sind diejenigen Gegenstände, die bereits nach der Bekanntmachung betr. Bestandsmeldung und Beschlagnahme für Metalle M. 1/4 15 R. R. M. vom 1. Mai 1915 der Meldepflicht unterliegen.

#### § 6.

**Ablieferung der beschlagnahmten Gegenstände.**

Wer die Mühe dieser Bestandsmeldung vermeiden will, hat die beschlagnahmten Gegenstände, soweit erforderlich, auszubauen und an den von der beauftragten Behörde zu bezeichnenden Ablieferungsorten gegen eine Anerkennnisbescheinigung abzuliefern.

Die Anerkennnisbescheinigung wird an den von den Behörden bezeichneten Abstellorten eingelöst.

Diese freiwillige Ablieferung muß bis zum 25. September 1915 erfolgen.

Wer die Gegenstände innerhalb dieser Frist freiwillig abgeliefert, bleibt von der Anmeldepflicht für die abgelieferten Gegenstände befreit. Sämtliche beschlagnahmten, in dieser Frist nicht freiwillig abgelieferten Gegenstände müssen gemeldet werden.

#### § 7.

**Spätere Einziehung.**

Die Bestimmungen über sämtliche durch diese Verordnung beschlagnahmten, in der vorgeschriebenen Frist nicht freiwillig abgelieferten Gegenstände werden später erfolgen.

#### § 8.

**Ausnahmen.**

Ausgenommen sind mit dem beschlagnahmten Metall erzeugte (z. B. galvanisch) und plattierte Gegenstände aus Eisen oder einem anderen nicht beschlagnahmten Metall.

Befreien Zweifel, ob gewisse Gegenstände von der Verordnung betroffen sind, so kann eine Befreiung von der Beschlagnahme bewilligt werden. Ueber die Befreiung entscheidet die mit der Durchführung der Verordnung beauftragte Behörde endgültig.



§ 9.

**Uebnahmepreise.**

Für die freiwillig abgelieferten Gegenstände werden die nachfolgenden, einheitlich festgesetzten Uebnahmepreise bezahlt, in denen die Ueberbringungskosten mit abgeholten sind:

Uebnahmepreise für jedes Kilogramm für Gegenstände aus	Kupfer M.	Messing M.	Nickel M.
ohne Beschläge <sup>1)</sup>	4.00	3.—	13.00
mit Beschlägen <sup>1)</sup>	2.80	2.10	10.50

Die Gegenstände werden mit den Beschlägen gewogen; auf Grund dieses Gewichtes ergibt sich der Preis nach obiger Tabelle. Uebersteigt das Gewicht der Beschläge schätzungsweise bei Gegenständen aus Kupfer und Messing 30%, bei solchen aus Nickel 20% des Gesamtgewichtes des Gegenstandes, so wird der 80 bzw. 20% überschreitende Prozentsatz geschätzt, vom Gewicht abgesetzt und nicht bezahlt.

Als Entschädigung für etwa erforderliche Ausbaurbeiten wird für jedes Kilogramm, der ausgebauten Gegenstände 0,50 Mark vergütet.

Die vorstehenden Preise sind auf Grund der Anhörung von Sachverständigen als reichliche Preise festgestellt worden.

§ 10.

**Aufbewahrung der Gegenstände.**

Der von der Beschlagnahme Betroffene ist verpflichtet, die Gegenstände bis zum Ablauf einer von der beauftragten Behörde zu bestimmenden Frist bzw. bis zur Einziehung oder bis zu einer ihm gestatteten Veränderung oder Verfügung zu verwahren und pfleglich zu behandeln. Die Befugnis zum einstweiligen ordnungsmäßigen Gebrauch bleibt unberührt.

§ 11.

**Durchführung der Verordnung.**

Mit der Durchführung der Verordnung werden die Kommunalverbände beauftragt; diese erlassen auch die Ausführungsbestimmungen. Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer als Kommunalverband im Sinne dieser Verordnung zu gelten hat. Die Kommunalverbände können den Gemeinden die Ausführung dieser Verordnung übertragen. Gemeinden, die nach der letzten Volkszählung mehr als 10 000 Einwohner haben, können die Uebertragung verlangen.

§ 12.

**Strafbestimmungen.**

Wer vorsätzlich die Bestandsmeldung auf dem vorgeschriebenen Formular nicht in der gesetzten Frist einreicht oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder den erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft. Nach können Vorräte, die verschwiegen sind, im Urteil für dem Staate verfallen erklärt werden. Fahrlässige Verletzung der Auskunftspflicht wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark, im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Ferner wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, sofern nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verurteilt sind, wer das Verbot gemäß §§ 4 und 5 dieser Verordnung übertritt oder zur Uebertretung auffordert oder anreizt.

**Zusätze.**

a) Außer den nach § 2 dieser Verordnung der Beschlagnahme unterliegenden Gegenständen dürfen abgeliefert und müssen seitens der Sammelstellen zu den in § 9 der vorstehenden Verordnung genannten Uebnahmepreisen angenommen werden:

Büstenbleche, Eimer, Kaffeekannen, Teekannen, Kuchenplatten, Milchkannen, Kaffeemaschinen, Teemaschinen, Samovars, Buderofen, Tiegelschalter, Menagen, Messerbänke, Zahnhochgestelle, Tafelaufsätze aller Art, Tafelgeschirre, Rauchservice, Lampen, Leuchter, Kronen, Platten, Nippesachen, Thermometer, Schreibgarituren, Bettwärmer, Säulenwagen, Badewannen, aus Kupfer, Messing und Reinnickel.

Andere Gegenstände als die hier aufgeführten dürfen nur zu den untenstehenden Preisen entgegengenommen werden.

b) Meldezeit. Diejenigen Gegenstände, welche von der vorstehenden Verordnung betroffen werden, und welche bis zum 16. Oktober nicht freiwillig abgeliefert worden sind, sind auf vorgeschriebenem Vordruck an die mit der Durchführung beauftragte Behörde (Kommunalverband) in der Zeit vom 17. Oktober bis zum 16. November 1915, unbeschadet bereits anderweitig erfolgter Meldungen, zu melden. Die Meldevordrucke werden von den beauftragten Behörden (Kommunalverbänden) ausgegeben.

c) Einziehung. Nach dem 16. November 1915 wird die Enteignung der nicht freiwillig abgelieferten, der vorstehenden Verordnung unterliegenden Gegenstände erfolgen.

**Ablieferung von anderen Gegenständen.**

Außer den von der obenstehenden Verordnung M. 325/7. 15. R. V. vom 31. Juli 1915 nach § 2 betroffenen Gegenständen,

<sup>1)</sup> Unter Beschlägen sind Dosen, Ringe, Handhaben, Stiele und Griffe aus Eisen, Holz u. dgl. verstanden.

sowie außer den in dem obenstehenden Zusatz a) aufgeführten Gegenständen dürfen ferner abgeliefert und müssen vom 25. September 1915 ab zu den untenstehenden Preisen angenommen werden:

Sämtliche Materialien und Gegenstände aus Kupfer, Messing, Rotguss, Tombak, Bronze, Neusilber, Menid, Christofle, Alpaka und Reinnickel, soweit sie nicht auf Grund der Verfügung M. 1/4. 15. R. V. betreffend „Bestandsmeldung und Beschlagnahme von Metallen“ an die Metallmeldestelle der Kriegswirtschafts-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums gemeldet worden sind.

Es wird vergütet: Für Materialien und Gegenstände aus Kupfer 1,70 Mark für das Kilogramm, für Materialien und Gegenstände aus Messing, Rotguss, Tombak, Bronze 1,00 Mark für das Kilogramm, für Materialien und Gegenstände aus Neusilber (Menid), Christofle, Alpaka 1,80 Mark für das Kilogramm, für Materialien und Gegenstände aus Reinnickel 4,50 Mark für das Kilogramm.

Auch Altmaterial darf zu diesen Preisen angenommen werden; als Altmaterial werden solche Gegenstände angesehen, die sich in einem Zustande befinden, in dem sie nicht mehr für den durch ihre Gestaltung gegebenen Zweck benutzt werden können.

Frankfurt (Main), den 24. September 1915.

Stellv. Generalkommando 18. Armee-Korps.

**Bekanntmachung**

über die Höchstpreise für Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation. Vom 16. September 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 5 des Gesetzes, betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 339) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 516) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Für den Verkauf der Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei und Kartoffelstärkefabrikation werden folgende Preisgebiete festgesetzt:

1. die preussischen Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Schlesien, Pommern, Brandenburg, die Großherzogtümer Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz;
2. die preussische Provinz Sachsen, der Kreis Herrschaft Schmalkalden, das Königreich Sachsen, das Großherzogtum Sachsen, ohne die Enklave Dilsheim a. Rhön, der Kreis Blankenburg, das Amt Calvörde, die Herzogtümer Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha ohne die Enklave Königberg i. Fr., Anhalt, die Fürstentümer Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß a. L., Reuß i. L.;
3. die preussischen Provinzen Schleswig-Vollstein, Hannover, Westfalen, ohne den Regierungsbezirk Arnsberg und den Kreis Lingenhausen, der Kreis Grafschaft Schaumburg, das Großherzogtum Oldenburg ohne das Fürstentum Birkenfeld, das Herzogtum Braunschweig ohne den Kreis Blankenburg und das Amt Calvörde, die Fürstentümer Schaumburg-Lippe und Lippe, Lübeck, Bremen, Hamburg;
4. die übrigen Teile des Deutschen Reichs.

§ 2. Der Preis für Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei und Kartoffelstärkefabrikation darf beim Verlaufe durch den Trockner oder Stärkefabrikanten nicht übersteigen für den Doppelzentner

Kartoffelsoden	23,90 Mark,
Kartoffelschnitzel	27,65 "
Kartoffelwalzmehl	32,90 "
trockene Kartoffelstärke und Kartoffelstärkemehl	40,00 "

Bei allen weiteren Verkäufen darf der Preis nicht übersteigen für den Doppelzentner

	Kartoffelsoden	Kartoffelschnitzel	Kartoffelwalzmehl	trockene Kartoffelstärke und Kartoffelstärkemehl
im ersten Preisgebiete . .	30,70	29,45	34,70	41,30
„ zweiten „ . .	31,20	29,95	35,20	41,80
„ dritten „ . .	31,70	30,45	35,70	42,30
„ vierten „ . .	32,20	30,95	36,20	42,80

Bei Verkäufen von Kartoffelsoden und Kartoffelschnitzeln, die fünf Tonnen nicht übersteigen, und bei Verkäufen von Kartoffelwalzmehl, trockener Kartoffelstärke und Kartoffelstärkemehl, die eine Tonne nicht übersteigen, erhöhen sich die Höchstpreise im Abs. 2 um eine Mark für den Doppelzentner. Bei Verkäufen, die fünf Kilogramm nicht übersteigen, gelten die Höchstpreise nicht.

Ein nach den Absätzen 2 oder 3 in einem Preisgebiete bestehender Höchstpreis gilt für die Erzeugnisse, die in diesem Gebiet abzunehmen sind.

Für Kartoffelwalzmehl, das besonderen Ansprüchen auf Sichtung genügt, ist eine Preiserhöhung bis zu 2 Mark für den Doppelzentner gestattet; die Art der Sichtung bestimmt der Reichs-Lanzler.

§ 3. Die Höchstpreise gelten für Lieferung ohne Sack, bei Kartoffelwalzmehl, trockener Kartoffelstärke und Kartoffelstärkemehl für Lieferungen mit Sack.

Sie gelten für Barzahlung bei Empfang. Wird der Kaufpreis gestundet, so dürfen bei den Höchstpreisen nach § 2 Abs. 1 bis zu zwei, bei den Höchstpreisen nach § 2 Abs. 2 bis zu eins, bei den Höchstpreisen nach § 2 Abs. 3 bis zu drei vom Hundert Jahreszinsen über Reichsbankdiskont hinzuge schlagen werden.



§ 4. Die Höchstpreise nach § 2 Abs. 1 schließen die Kosten des Transports bis zum nächsten Güterbahnhofe, bei Wassertransport bis zur nächsten Anlegestelle des Schiffes oder Rahnes sowie die Kosten der Verladung ein.

Die Höchstpreise nach § 2 Abs. 2 schließen die Kosten des Transports bis zum Bahnhof des Ortes ein, wo die Ware abzunehmen ist.

Die Höchstpreise nach § 2 Abs. 3 gelten ab Lager.

§ 5. Für andere Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation als die in § 2 genannten kann der Reichskanzler Höchstpreise unter Berücksichtigung der Höchstpreise dieser Verordnung festsetzen.

§ 6. Diese Verordnung tritt am 1. November 1915 in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 16. September 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Delbrück.

#### Anordnung

zur Bekanntmachung über die Höchstpreise für Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation vom 16. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 588).

Auf Grund des § 2 Abs. 5 der Bekanntmachung über die Höchstpreise für Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation vom 16. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 588) wird bestimmt, daß Kartoffelwalzmehl, für welches die Ueberschreitung des Höchstpreises bis zu 2 Mark für je 100 Kilogramm gestattet werden soll, mindestens auf Seibengaze Nr. 1 (19 Löcher auf 1 Zentimeter) gesiebt sein muß.

Berlin, den 17. September 1915.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Kauß.

#### Bekanntmachung

über die Außerkraftsetzung der Bekanntmachung über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation vom 25. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 118).

Vom 16. September 1915.

Auf Grund des § 14 Abs. 1 der Bekanntmachung vom 25. Februar 1915 über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation (Reichs-Gesetzbl. S. 118) bestimme ich:

Die Bekanntmachung über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation vom 25. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 118) tritt mit dem 1. Oktober 1915 außer Kraft.

Berlin, den 16. September 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Delbrück.

#### Bekanntmachung

über das Außerkrafttreten der Bekanntmachung über die Höchstpreise für Futterkartoffeln und Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation vom 25. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 116).

Vom 16. September 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 5 der Bekanntmachung über die Höchstpreise für Futterkartoffeln und Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation vom 25. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 116) bestimmt:

Die Bekanntmachung über die Höchstpreise für Futterkartoffeln und Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation vom 25. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 116) tritt, soweit sie sich auf Futter- und Feldkartoffeln bezieht, mit dem 17. September 1915, im übrigen mit dem 1. November 1915 außer Kraft.

Berlin, den 16. September 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Delbrück.

#### Bekanntmachung

über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation.

Vom 16. September 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Wer Erzeugnisse der landwirtschaftlichen oder gewerblichen Kartoffeltrocknerei herstellt oder durch andere herstellen läßt (Trodner), ist zum 30. September 1916 verpflichtet, seine gesamten Erzeugnisse einschließlich der Bestände an die Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H. in Berlin zu liefern. Die Lieferung hat entsprechend den Anweisungen der Gesellschaft zu erfolgen. Der Trodner hat die Anweisung nach Fertigstellung von je 100 Doppelzentnern einzuholen.

Die Herstellung der Erzeugnisse in Lohn ist nur mit Genehmigung der Gesellschaft gestattet.

§ 2. Die Vorschriften des § 1 gelten nicht für Erzeugnisse oder Bestände, die zur Verwendung im eigenen Wirtschaftsbetriebe

des Herstellers, bei Genossenschaften oder Gesellschaften im Wirtschaftsbetriebe ihrer Mitglieder erforderlich sind.

Der Trodner hat der Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft spätestens bis zum 31. Dezember 1915 anzuzeigen, welche Mengen auf Grund des Absatz 1 beansprucht werden; der Anspruch erlischt, wenn die Anzeige nicht rechtzeitig erfolgt. Werden beanspruchte Mengen nachträglich geliefert, so darf die Gesellschaft einen Preisabschlag von 6 Mark für den Doppelzentner festsetzen.

§ 3. Der Trodner hat der Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft auf Erfordern binnen zwei Wochen Auskunft zu erteilen:

1. über Umfang, Betrieb und Leistungsfähigkeit seiner Kartoffeltrockenanlage;
2. über die Mengen an Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei, welche von ihm hergestellt, verbraucht oder auf Lager genommen sind.

§ 4. Jeder Trodner ist berechtigt, der Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft unter den Bedingungen des Gesellschaftsvertrags beizutreten.

§ 5. Einseitlich der Verwertung der gelieferten Erzeugnisse durch die Gesellschaft unterliegt der Trodner, der von dem Rechte, Gesellschafter zu werden, keinen Gebrauch gemacht hat, denselben Bedingungen wie die Gesellschafter mit der Maßgabe, daß über Rechtsstreitigkeiten zwischen ihm und der Gesellschaft die ordentlichen Gerichte entscheiden.

§ 6. Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei im Sinne dieser Verordnung sind:

- a) Kartoffelschnitzel und -krümel;
- b) Kartoffelstoden;
- c) Kartoffelwalzmehl.

Der Reichskanzler ist ermächtigt, die Vorschriften dieser Verordnung auf andere Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei auszu dehnen.

§ 7. Wer Kartoffelstärke oder Kartoffelstärkemehl herstellt oder durch andere herstellen läßt, ist bis zum 30. September 1916 verpflichtet, seine gesamten Erzeugnisse einschließlich der Bestände an die Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft zu liefern.

Der Reichskanzler setzt die Bedingungen fest.

§ 8. Die Vorschriften des § 7 gelten nicht für Erzeugnisse oder Bestände, die für den Hausbedarf des Herstellers oder seiner Angehörigen erforderlich sind.

§ 9. Die Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft hat die Erzeugnisse und Bestände (§§ 1 und 7) abzunehmen.

§ 10. Die zuständige Behörde kann auf Antrag der Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft ihr oder einem von ihr bezeichneten Trodner (§ 1) oder Stärkehersteller (§ 7) das Eigentum an frischen Kartoffeln übertragen, auch soweit Höchstpreise für sie nicht festgesetzt sind.

Der Uebernahmepreis wird unter Berücksichtigung des Höchstpreises sowie der Güte und Verwertbarkeit der Kartoffeln von der höheren Verwaltungsbehörde nach Anhörung von Sachverständigen endgültig festgesetzt; bei Kartoffeln, für die keine Höchstpreise festgesetzt sind, tritt an Stelle des Höchstpreises der von der Landeszentralbehörde zu bestimmende Preis. Die höhere Verwaltungsbehörde bestimmt darüber, wer die baren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat.

§ 11. Kartoffeln, Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei, Kartoffelstärke oder Kartoffelstärkemehl dürfen zur Herstellung gewerblicher Erzeugnisse, wie insbesondere Dextrin, Glukose, löslicher Stärke, nur mit Einwilligung der Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft verwendet werden.

§ 12. Die Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft untersteht der Aufsicht des Reichskanzlers.

§ 13. Die Landeszentralbehörden erlassen die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

§ 14. Der Reichskanzler kann anordnen, daß Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei und Kartoffelstärkefabrikation, die aus dem Ausland eingeführt werden, an die Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft zu liefern sind. Er setzt die Bedingungen fest.

§ 15. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark wird bestraft:

1. wer der Lieferungspflicht nach den §§ 1, 7 oder 14 nicht nachkommt;
2. wer die nach § 3 von ihm erforderliche Auskunft innerhalb der gesetzten Frist nicht erteilt oder wesentlich unvollständige oder unrichtige Angaben macht;
3. wer der Vorschrift des § 11 zuwiderhandelt;
4. wer wesentlich Erzeugnisse, die dem Verbote des § 11 zuwider hergestellt sind, in seinem Gewerbebetriebe verwendet, verkauft, teilt oder sonst in den Verkehr bringt.

§ 16. Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1915 in Kraft.

Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 16. September 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Delbrück.

#### Bekanntmachung

über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation.

Vom 20. September 1915.

Auf Grund von § 13 der Verordnung des Bundesrats über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei



und der Kartoffelfabrikation vom 16. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 585) wird folgendes bestimmt.

§ 1. Zuständige Behörde im Sinne von § 10 Abs. 1 der Verordnung ist das Kreisamt desjenigen Kreises, in dem die Kartoffeln lagern.

§ 2. Höhere Verwaltungsbehörde im Sinne von § 10 Abs. 2 der Verordnung ist der Provinzialausschuß.

Darmstadt, den 20. September 1915.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Sombeggl.

Krämer.

### Bekanntmachung

betreffend den Aufenthalt weiblicher Angehöriger im Bereich des General-Gouvernements in Belgien.

Nach Mitteilung des General-Gouvernements in Belgien ist auch jetzt noch nicht der Zeitpunkt gekommen, wo weibliche Angehörigen von deutschen Offizieren, Beamten, Unteroffizieren, Mannschaften und Personen des Heeresgefolges der Aufenthalt im Gebiet des General-Gouvernements allgemein gestattet werden könnte.

Der General-Gouverneur hat indessen durch Verfügung vom 1. ds. Mts. die Erlaubnis zum Aufenthalt weiblicher Angehöriger, ohne daß seine Genehmigung vorher eingeholt zu werden braucht, erteilt:

1. solchen Persönlichkeiten, die verwundet, oder krank stationär im Lazarett behandelt werden, wenn die Genehmigung des Chefarztes vorliegt, daß die Pflege durch die weiblichen Angehörigen erforderlich ist;
2. solchen Persönlichkeiten, die ihren Dienst ausschließlich in Zivilkleidung versehen;
3. solchen Persönlichkeiten, deren Familien schon vor Ausbruch des Krieges in Belgien ihren Wohnsitz hatten, sofern sie nicht am selben Ort mit ihren Familien dienstlich tätig sind;
4. solchen Persönlichkeiten, deren weibliche Angehörige im Dienst der Krankenpflege oder in sonstiger Wohlfahrtspflege tätig sind, soweit dieser Dienst nicht in demselben Ort ausgeübt wird;
5. solchen Persönlichkeiten, deren weibliche Angehörige im Grenzübergangsdienst angestellt sind.

In allen sonstigen Fällen, besonders beim Vorliegen schweren wirtschaftlichen Notstandes, hat sich der General-Gouverneur ausdrücklich die Genehmigung zum ausnahmsweisen Aufenthalt weiblicher Angehöriger vorbehalten.

Darmstadt, den 17. September 1915.

Großherzogliches Staatsministerium.

v. Ewald.

Spaumer.

### Bekanntmachung.

Betr.: Verkehr mit Saatgut und Saatgetreide.

Nach Mitteilung Großherzoglichen Ministeriums des Innern hat dieses sich damit einverstanden erklärt, daß die Lieferung von Saatgerste, Saathafer, Saatkommerweizen durch die Landwirtschaftskammer für das Großherzogtum Hessen geregelt wird. Gießen, den 22. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Wie oben.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir empfehlen Ihnen, die Interessenten auf vorstehende Bekanntmachung hinzuweisen.

Gießen, den 22. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

### Bekanntmachung.

Betr.: Maßregeln gegen die Maul- und Klauenseuche.

Wir bringen zur allgemeinen Kenntnis, daß auf Grund der im Reichsanzeiger veröffentlichten Nachweisung über den Stand der Maul- und Klauenseuche vom 15. d. Mts. als verzeichnet zu gelten haben:

1. Im Großherzogtum die Kreise Darmstadt, Bensheim, Dieburg, Groß-Gerau, Heppenheim, Offenbach, Gießen, Alsfeld, Büdingen, Friedberg, Lauterbach, Schotten, Main, Alzen, Oppenheim, Worms.

2. Im Reichsgebiet die Bezirke Königsberg, Gumbinnen, Allenstein, Danzig, Marienwerder, Posen, Frankfurt, Stettin, Köslin, Stralsund, Posen, Bromberg, Breslau, Liegnitz, Oppeln, Magdeburg, Merseburg, Erfurt, Schleswig, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Osnabrück, Aurich, Münster, Minden, Arnheim, Kassel, Wiesbaden, Koblenz, Düsseldorf, Köln, Trier, Aachen, Sigmaringen, Oberbayern, Niederbayern, Pfalz, Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben, Baugen, Chemnitz, Dresden, Leipzig, Mecklenburg, Schwarzburg-Kreis, Jagskreis, Donaukreis, Rostock, Kreisburg, Karlsruhe, Mannheim, Neckarburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Lübeck in Oldenburg, Birkenfeld, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Gotha, Anhalt,

Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, Rhenz i. R., Schaumburg-Lippe, Lippe, Bielefeld, Bremen, Hamburg, Unterelsaß, Oberelsaß, Lothringen.

Gießen, den 23. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

### Bekanntmachung.

Betr.: Ausbruch der Maul- und Klauenseuche im Kreise Schotten.

In Michelbach ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Gießen, den 21. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

### Bekanntmachung.

Betr.: Maul- und Klauenseuche im Kreise Büdingen.

In Oberau ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Gießen, den 23. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

### Bekanntmachung.

Betr.: Sonntagsruhe in den Apotheken.

Wir bringen zur öffentlichen Kenntnis, daß von Sonntag, den 26. I. Mts., nachmittags 3 Uhr, bis Montag, den 27. I. Mts., früh, nur die Hirschapotheke geöffnet ist.

Gießen, den 23. September 1915.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.

Hemmerde.

### Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung Steinheim; Kreis Gießen.

In der Zeit vom 1. bis einschließlich 14. Oktober 1915. 38. liegen werktags auf Großh. Bürgermeisterei Steinheim der allgemeine Meliorationsplan nebst Erläuterungsbericht und Prüfungsprotokoll zur Einsicht der Beteiligten offen.

Termin zur Entgegennahme von Einwendungen findet daselbst Freitag, den 15. Oktober 1915. 38., vormittags 8—9 Uhr, statt, wozu ich die Beteiligten unter der Androhung einlade, daß die Nichterscheinen mit Einwendungen ausgeschlossen sind. Die Einwendungen sind schriftlich einzureichen und zu begründen.

Friedberg, den 12. September 1915.

Der Großherzogliche Feldbereinigungskommissar:

Schnittsahn, Regierungsrat.

### Wöchentl. Uebersicht der Todesfälle i. d. Stadt Gießen.

37. Woche. Vom 5. bis 11. September 1915.

Einwohnerzahl: angenommen zu 32 900 (inkl. 1600 Mann Militär).

Esterlichkeitsziffer: 31,60 ‰.

Nach Abzug von 8 Ortsfremden: 19,00 ‰.

Es starben an	Zuf.	Erwachsene	im 1. Lebensjahr	Kinder vom 2. bis 15. Jahr
Diphtherie	1 (1)	—	—	1 (1)
Tuberkulose	4 (2)	3 (1)	—	1 (1)
Lungenentzündung	1	1	—	—
Lungenemphysem	1	1	—	—
Herzkrankungen	3 (2)	3 (2)	—	—
Gehirnschlag	1	1	—	—
andere Nervenkrankheiten	1	1	—	—
Brechdurchfall	1	—	1	—
Krankheiten der Harnorgane	1	1	—	—
Krebs	2	2	—	—
Verunglückung	2 (2)	2 (2)	—	—
sonstigen Todesursachen	2 (1)	1	—	1 (1)

Summa: 26 (8) 16 (5) 1 3 (3)

Anm.: Die in Klammern gesetzten Ziffern geben an, wie viel der Todesfälle in der betreffenden Krankheit auf von auswärts nach Gießen gebrachte Kranke kommen.

### Markte.

(In einem Teil der Auflage wiederholt.)

FC. Wiesbaden. Vieh- und Marktbericht vom 22. Sept. Am heutigen Viehmarkt standen zum Verkauf: 243 Rinder (darunter 22 Ochsen, 23 Bullen und 198 Kühe), 324 Kälber, 39 Schafe und 168 Schweine. Geschäft ziemlich belebt. Die Preise bewegten sich in der gleichen Höhe wie am 20. d. Mts. Der Austrieb wurde bald geräumt.

## Drucksachen aller Art

liefert in jeder gewünschten Ausstattung preiswert die Brühl'sche Universitäts-Druckerei, Schulstr. 7